

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Döhler,
sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,
Danke für Ihre Einladung und die Möglichkeit hier sprechen zu dürfen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter

Jede Stromleitung, jedes große Infrastrukturprojekt, bedeutet einen enormen Eingriff in das natürliche Wohnumfeld der Menschen vor Ort. Deshalb kämpfen seit Jahren Bürgerinitiativen, Naturschutzverbände und Landwirte um den Erhalt von Grün- oder landwirtschaftlichen Flächen.

Wer nicht selbst direkt betroffen ist, mag manchmal sicherlich den Kopf über den Protest der Bürgerinitiativen schütteln.

Indes ist der Widerstand gegen die Stromtrassen sogar zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung geworden. Im Ergebnis wird festgestellt, dass es sich bei den Gegnern des Stromnetzausbaus nicht nur um ein paar Zweifler sondern um eine ernstzunehmende Protestbewegung in ganz Deutschland handelt. Außerdem ist es nicht nur völlig legitim geplante Infrastrukturprojekte zu hinterfragen, sondern sie auch aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, denn die Kosten trägt die Allgemeinheit. Den Initiativen geht es eben nicht um Einzelinteressen, es geht nicht darum eine Leitung um ein paar Kilometer zu verschieben oder sie als Erdverkabelung aus dem Blickfeld zu bekommen. Wir erheben den Anspruch im Interesse des Gemeinwohls und der zukünftigen Generation zu agieren.

Wir Gegner werden als Technologiefunde tituiert, als notorische Verhinderer die die Versorgungssicherheit und den Wirtschaftsstandort Deutschland aufs Spiel setzen oder gar als Energiewendegegner.

Es muss hier auch klar gestellt werden, dass wir Gegner weder gegen die EU noch gegen den Handel und erst recht nicht gegen offene Grenzen sind.

Betrachten wir unseren **Süd-Ost-Link**, er sichert den uneingeschränkten Transport von Kohlestrom aus den ostdeutschen Abbaugebieten nach Bayern. Für den **Süd-Ost-Link** und die anderen HGÜ Leitungen sind Kosten von mehreren Milliarden vorhergesagt, und doch sind diese Projekte nur Teil eines gigantischen übergeordneten Plans. Tatsächliche Gesamtkosten sind jetzt noch gar nicht kalkulierbar. Und der Neubau Ostbayernring mit Kapazitätserweiterung steht in einer Linie mit den vorgenannten Maßnahmen.

Alle strittigen Projekte betreffen das Übertragungsnetz, sie dienen ausschließlich dem Ferntransport von Energie.

Es wird argumentiert: Für die Energiewende unverzichtbar!

Fakt ist: Die Stromtrassen befördern Kohlestrom.

Nachdem der neue Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier den Netzausbau zur Chefsache gemacht hat, ist nichts mehr von einem zeitnahen Kohleausstieg zu hören. Peter Altmaier sieht im schnellen Ausbau der Stromnetze eine seiner vordringlichsten Aufgaben:

Er ist der Meinung: der **Bund** will die Stromtrassen, die **Länder**, allen voran **Bayern**, wollten Erdverkabelung, das sei genügend Legitimation die Trassen zu bauen.

Wie war das – regenerativer/grüner Strom fließt?

Man wollte eigentlich grünen Strom von Norden nach Süden leiten, da es im Norden einen Überschuss grünen Stroms gäbe. Wieso aber baut man dann in Stade (Niedersachsen) ein neues Kohlekraftwerk. Da stellt sich doch sofort die Frage: Warum braucht der Norden ein neues Kohlekraftwerk, wenn dort ein Überschuss herrscht. Gleichzeitig steht in Irsching im Süden, das modernste und effizienteste Gaskraftwerk still, von der Schließung bedroht, wobei doch im Süden so ein Mangel vorliegt.

Überschuss – wo bist du?

Und den Ausbau für diese Trassen bezahlt man mit erheblichen Eingriffen in die Natur. Der Süd-Ost-Link beginnt in Wolmirstedt (Sachsen-Anhalt), hat eine Länge von 537km und endet bei Landshut (Bayern). Die Übertragungsleistung beträgt „nur“ laut TenneT 2 Gigawatt aus, zudem wird ein Arbeitsstreifen von 25 bis 40 m Breite benötigt. D.h. zusammen mit den Konvertern entstehen 1.620 ha unbrauchbare Fläche.

Wobei schon die nächste Erweiterung auf 4 Gigawatt in Planung ist – also eine Verdoppelung.

Flächenfraß – was ist das?

Die Leitungen werden in 1,5 m bis 2 m Tiefe verlegt, die Gräben werden im Wesentlichen mit Kies verfüllt. Die zurückgefüllte Humusschicht beträgt gerade einmal ca. 25cm, so dass eine landwirtschaftliche Nutzung unmöglich wird. (Großes Lineal)

Landwirtschaftliche Nutzung – wo bist Du?

Der Netzausbau in Deutschland ist keine physikalische Notwendigkeit, hat nichts mit Versorgungssicherheit zu tun. ER wird explizit geplant, klimaschädlichen Kohle- und Atomstrom als einen erheblichen Bestandteil auch weiterhin im europäischen Energiemix zu etablieren. Die Kohlelobby in unseren Parlamenten sei es Bund oder Land, macht dies möglich. Klimaschutz - was ist das?

Nicht nur die Stadtwerke Nürnberg mit dem „Nürnberger Modell“, sondern auch Wunsiedel mit dem „Wunsiedler Weg“ ist bereits weltweit in den Focus gerückt. Viele namhaften Firmen und Wissenschaftler wollen diesen Weg mit dem Fichtelgebirge „Freiraum für Macher“ beschreiten.

Herr Krasser sagt gerne „unsere Windräder sparen CO₂-Emissionen ein“. Ich denke Herr Krasser wird uns zustimmen, dass Emissionen nur eingespart werden, wenn mit dem Windstrom fossile Stromerzeugung ersetzt wird.

So schreibt es auch das **Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)** vor, denn da gibt es den Einspeisevorrang für Erneuerbare, d.h. wenn der Wind weht oder die Sonne scheint fährt das Kohlekraftwerk die Leistung zurück.

Allerdings schreibt das **Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)** etwas völlig konträres vor. Da gibt es ein Einspeiserecht für alle fossilen Kraftwerke auch bei Starkwind und Sonnenschein.

Das wiederum konterkariert Herrn Krasser's Rechnung und es konterkariert auch die deutschen Klimaziele.

Und genau für diesen Fall - Starkwind und gleichzeitig Kohleverstromung, und zwar unabhängig vom Bedarf - werden die Leitungen ausgelegt.

Im Klartext heißt das, wenn die Bundesregierung das **Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)** ändert, dann ist der Ausbau in dieser Form nicht erforderlich und die dezentrale Energiewende wäre gesichert. Das sagen nicht wir, sondern namhafte Experten der Energiewirtschaft, wie zum Beispiel:

Professor Dr. Christian von Hirschhausen, von der TU Berlin,

Professor Lorenz Jarass, von der Hochschule Rhein Main.

Professorin Claudia Kempfert, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Leider hört man immer noch von einigen Bürgern: „Ja, wir sind auch nicht überzeugt, aber es ist doch politischer Konsens in Berlin. Man muss das halt akzeptieren, man kann ja eh nichts machen“.

Falsch! Widerstand kann Erfolg haben:

Bamberg: Rodung Hauptsmoorwald abgewendet

Aachen: Rodungsstopp Hambacher Forst

Brunsbüttel: Genehmigung Atommüll-Zwischenlager aufgehoben.

München: 3. Startbahn auf Eis gelegt, die Winterolympiade abgewendet.

Mühlheim-Kärlich Atomkraftwerk nach 100 Tagen abgehaltet

Deshalb: Es muss auch die Gesetzeslage bei den Stromtrassen gerichtlich überprüft werden.

Das **Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG)** sieht beim Ausbau der HGÜ Stromtrassen Enteignung vor, und zwar bereits vor Beendigung des Planfeststellungsverfahrens. **Ohne** jeden Zugang zu Gerichten für die Enteigneten und Betroffenen. Sie können lediglich am Ende des Verfahrens gegen das gesamte Projekt klagen. Damit verstößt das **Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG)** gegen internationales Völkerrecht. Die u.a. von Deutschland und der EU Kommission unterzeichnete UN Aarhus Konvention ist rechtsverbindlich und das **komplette deutsche Netzausbauverfahren** somit **völkerrechtswidrig**. Aus diesem Grund wird die **Aarhus Konvention Initiative**, deren Mitglied die BI Fichtelgebirge ist, vor dem **Aarhus Convention Compliance Committee** Beschwerde einreichen.

Eine Rechtsstudie belegt bereits, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen auch für den Ostbayernring nicht in Ordnung sind.

Die BI Fichtelgebirge ist deshalb mehr als froh, dass der Landkreis nicht dem Bündnis Hamelner Erklärung eV beigetreten ist, sondern sich dazu entschlossen hat, den renommierten Rechtsanwalt Wolfgang Baumann aus Würzburg mit dem Mandat für den Süd-Ost-Link zu engagieren.

Unser Resumè:**Es gibt keinen** Bedarf an einem überdimensionierten Stromnetzausbau. Aber **es gibt einen** Bedarf an einer Überarbeitung der Gesetzeslage bei Stromtrassen in Deutschland.

Sehr geehrter Landrat Dr. Döhler, s.g. Kreisrätinnen und Kreisräte, deshalb bitten wir Sie:
Unterstützen Sie RA Wolfgang Baumann bei seiner Arbeit und geben Sie ihm zum Mandat gegen den Süd-Ost-Link noch ein weiteres Mandat für den Ostbayernring dazu.

Dies ist der richtige Weg für eine tatsächlich dezentrale Energiewende.